



Nr. 31

27. September 2024

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Einkommensrunde Bund und Kommunen

[Fünfte dbb Regionalkonferenz: Bessere Bezahlung, mehr Flexibilität](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Kritik am Sparkurs der Landesregierung](#)

Sachsen-Anhalt

[Kritik am Einstellungsstopp](#)

VRFF Die Mediengewerkschaft

[Bundesweit Streiks bei ARD, ZDF und Beitragsservice](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Brandt: Schule ist Spiegelbild der Gesellschaft](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Trassenpreiskrise muss gestoppt werden](#)

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

[Konsequente Digitalisierung gefordert](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Einkommensrunde Bund und Kommunen Fünfte dbb Regionalkonferenz: Bessere Bezahlung, mehr Flexibilität

Im Fokus der Debatte stand vor allem der Wunsch nach neuen Arbeitszeitmodellen. Denn der öffentliche Dienst braucht mehr Vielfalt, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

„Ich gehe davon aus, dass unsere Kernforderung die lineare Entgelterhöhung sein wird“, sagte Volker Geyer, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, am 24. September in Mannheim. „Darüber hinaus muss der öffentliche Dienst beim Thema Arbeitszeit attraktiver werden, denn die Beschäftigten wollen mehr Selbstbestimmtheit. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Sonderformen der Arbeit, die besondere Belastungen bedeuten, wie zum Beispiel Nacharbeit, Wechselschichtarbeit und Rufbereitschaft, besser vergütet werden müssen.“

Waldemar Dombrowski, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, machte deutlich: „Die 41 Wochenstunden für unsere Bundesbeamten sind ein Ärgernis. Sie zeigen den Kolleginnen und Kollegen Woche für Woche, dass der Bund seine Versprechen nicht hält. Deshalb ist es höchste Zeit, die 41

Stunden endlich auf die frühere Arbeitszeit zurückzuführen. Das ist von daher keine neue Forderung, sondern die Einlösung einer alten Schuld durch den Bund.“

Die dbb Landesbundchefs Kai Rosenberger (BBW Beamtenbund Baden-Württemberg) und Lilli Lenz (dbb rheinland-pfalz) sowie der Landesgeschäftsführer des dbb saar Sascha Alles besuchten die Veranstaltung in Mannheim und sicherten dem dbb ihre volle und tatkräftige Unterstützung zu.

Hintergrund

Am 9. Oktober 2024 wird die Bundestarifkommission des dbb die Forderungen für die Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen beschließen. Bis dahin werden Mitglieder der dbb Fachgewerkschaften auf zwei weiteren Regionalkonferenzen in Berlin und Hamburg zu Wort kommen.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein **Kritik am Sparkurs der Landesregierung**

Der dbb schleswig-holstein begrüßt, dass von der Landesregierung im nächsten Jahr offenbar doch kein Griff in den Versorgungsfonds vorgesehen ist, um den Haushalt zu konsolidieren. Dennoch bittet die Landesregierung die Beamtinnen und Beamten zur Kasse: Vorgesehen sind Einschnitte bei der Krankenfürsorge. Der dbb sieht darin eine von der Landesregierung falsch interpretierte Treuepflicht.

„Beamtinnen und Beamte sollen zwar die Bürger vor diversen Krisen schützen – aber nicht die Politik vor Haushaltskrisen, indem ihre Ansprüche gekürzt werden“, kritisiert dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp am 24. September 2024. Insbesondere die Erhöhung des „Selbstbehalts“ sorgt beim dbb sh für Unverständnis. Der ab der Besoldungsgruppe A 10 zum Tragen kommende Eigenanteil an den Beihilfekosten soll künftig - nach Besoldungsgruppen gestaffelt - zwischen 160 und 710 Euro jährlich betragen. Zu bedenken sei, dass diese Beträge zusätzlich zu den Kosten für die private Krankenversicherung anfallen, die für nicht von der Beihilfe gedeckten Aufwendun-

gen abgeschlossen wird. Für aktive Beamtinnen und Beamte beträgt der Beihilfesatz 50 Prozent.

Die zusätzliche finanzielle Belastung sei ein fragwürdiges Signal der Landesregierung, zumal mit der gerade erst beschlossenen Besoldungsanpassung die Einhaltung der sich aus der Verfassung ergebenden Untergrenzen der Besoldung angestrebt wurde. Das wird nach Einschätzung des stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Tobias Schmiedeberg abermals infrage gestellt: „Das Bundesverwaltungsgericht hat längst klargestellt, dass die vorgesehene Maßnahme wie eine Besoldungskürzung wirkt.“

Die Attraktivitätseinbußen wirkten sich besonders bitter auf die Perspektiven für die Funktionsebene des „gehobenen Dienstes“ (Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt) aus. Die Freude über die erste Beförderung nach A 10 wird durch den Einstieg in Einbußen infolge des Selbstbehalts getrübt, die nächste Beförderung nach A 11 bedeutet zusätzlich den Wegfall des mit 660 Euro ohnehin bescheidenen „Weihnachtsgeldes“ (Allgemeiner Betrag).

„Eine motivierende Personalpolitik geht wirklich anders“, zeigt sich der dbb Landesvorstand überzeugt.

Auch mit den weiteren vorgesehenen Verschlechterungen bei der Beihilfe, die Brillengestelle und Heilpraktikerleistungen betreffen, wird laut dbb sh die Attraktivität der sich aus der besonderen Fürsorgepflicht ergebenden Beihilfe beeinträchtigt.

Sachsen-Anhalt Kritik am Einstellungsstopp

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat einen zweijährigen Einstellungsstopp für die Jahre 2025 und 2026 beschlossen. Dieser Schritt wurde unternommen, um den steigenden Personalkosten entgegenzutreten und den Haushalt auszugleichen. Ulrich Stock, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt, warnt vor den Folgen dieser Entscheidung.

Der Einstellungsstopp betrifft die meisten freierwerbenden Stellen in der Landesverwaltung, mit Ausnahmen für Lehr-, Polizei- und eigene Nachwuchskräfte. In Folge dieser Maßnahme gibt es derzeit eine Welle von Stellenausschreibungen, da die Behörden versuchen, so viele Positionen wie möglich vor Inkrafttreten des Stopps zu besetzen.

dass viele Beschäftigte in den nächsten Jahren, oft auch vorzeitig, in den Ruhestand gehen oder andere attraktivere Arbeitgeber suchen, was die Personalnot zusätzlich verschärfen könnte.

dbb Landeschef Ulrich Stock kritisiert die Entscheidung der Landesregierung: „Wir werden in nicht voraussehbaren Teilen der Verwaltung zur Arbeitsunfähigkeit kommen. Die Sparmaßnahme ist ein ‚Harakiri‘.“ Bereits jetzt fehlt in vielen Bereichen der Verwaltung Personal. „Das Problem ist, die Landesregierung sagt uns nicht, welche Aufgaben wir nicht mehr erledigen sollen, sondern verlässt sich auf das Prinzip: Wird schon irgendwie gehen“, betont Stock. Er warnt vor großen Problemen, falls in den kommenden zwei Jahren Spezialisten die Behörden verlassen sollten. Hinzu komme,

Bei der gerade aktuellen Suche nach Nachwuchskräften seien die Aussagen von Finanzminister Michael Richter und der CDU im Landtag, „der Personalkörper sei zu fett oder gar überflüssig“ nicht gerade hilfreich, so Stock: „Oder wollen Sie bei einem Arbeitgeber anfangen, der seinen Personalkörper zu fett oder gar als überflüssig bezeichnet?“ Der dbb Landeschef fordert daher nachhaltige Lösungen, die sowohl den finanziellen Gegebenheiten des Landeshaushaltes als auch den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht werden. Dies erwarteten die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes von Landtag und Landesregierung.

VRFF Die Mediengewerkschaft Bundesweit Streiks bei ARD, ZDF und Beitragsservice

Die VRFF Die Mediengewerkschaft hat aufgrund der seit Monaten stockenden Tarifverhandlungen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk vom 25. bis 27. September 2024 bundesweit zu Streiks aufgerufen. Je nach Rundfunkhaus wird zu unterschiedlichen Zeiten die Arbeit niedergelegt werden.

Beim Beitragsservice kommt es durch die Arbeitsniederlegung zu Ausfällen in der Sachbearbeitung. In Hamburg war der NDR-Sender Billwerder-Moorfleet, über den auch Deutsch-

landfunk und Radio HH verbreitet werden, zeitweise nicht mehr besetzt. Störungen im automatisierten Sendebetrieb wurden daher nicht mehr behoben. Beim WDR entfielen die Regionalsendungen der Lokalzeit Aachen. In allen

Programmen, auch von Radio Bremen, SWR und ZDF, muss immer wieder auf unterschiedlichen Kanälen mit Ausfällen gerechnet werden.

„Im öffentlichen Dienst, den die Arbeitgeber im ÖRR stets als Messlatte für tarifliche Erhöhungen in den Medienhäusern genommen haben, wurde im vergangenen Jahr ein Tarifvolumen von rund 11 Prozent abgeschlossen. Wenn der öffentliche Dienst stets die Referenz ist, dann muss er es auch jetzt sein“, so Christian Gesch, Vorsitzender der VRFF-Bundestarifkommission. „Die Beschäftigten bei ARD und ZDF haben schon in den vergangenen Jahren mehrfach Reallohnverluste hinnehmen müssen, weil die tariflichen Steigerungen weit unter der Inflationsrate geblieben sind.“

Es kann nicht sein, dass wir Jahr für Jahr von den Lohnentwicklungen in Deutschland entkoppelt werden. Kein Wunder, dass bei den niedrigen Gehältern bei ARD und ZDF sich keiner mehr auf Stellen bewirbt. Diese Lohnverluste führen nicht nur dazu, dass mittlerweile alle Landesrundfunkanstalten keine Fachkräfte mehr bekommen, sondern diese sogar massiv abgeworben werden. Wenn dem nicht entgegengewirkt wird, steht dem ÖRR eine schwierige Zukunft bevor.“ Die Tarifverhandlungen stünden in mehreren Häusern kurz vor dem Scheitern. „Wir geben nicht nach, bis angemessene Angebote auf dem Tisch liegen“, bekräftigte Gesch.

Verband Bildung und Erziehung (VBE) **Brandt: Schule ist Spiegelbild der Gesellschaft**

Mit Blick auf das Wahlverhalten junger Menschen bei den letzten Europa- und Landtagswahlen warnt der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand vor pauschalen Schuldzuweisungen – insbesondere an das Bildungssystem.

„Schule ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Die Jüngeren wählen zwar nicht wie früher progressiver als ihre Eltern, aber sie sind auch nicht die Sperrspitze einer antidemokratischen Bewegung. Die politischen Ränder werden insgesamt stärker und dieses Wahlverhalten sehen wir auch bei den Jüngeren. Denn: Sie bekommen mit, was in den Medien berichtet wird und welche Stimmung im Land ist. Schule muss natürlich ihren Teil beitragen, indem Projekte angeboten und Partizipation ermöglicht wird, aber damit diese demokratischen Grundwerte in den Kindern und Jugendlichen verankert und weiter ausgebaut werden, braucht es positive Vorbilder und eine Gesellschaft, die das fördert“, so Brand am 23. September 2024.

Der VBE Chef begrüßte eine ernstgemeinte Debatte über Demokratiebildung in der Schule: „Klassenrat, Zertifizierungsprozesse (wie zum Beispiel für „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“) oder selbstbestimmtes Lernen:

Das Potenzial demokratischer Prozesse wird längst genutzt. Allerdings zeigte das jüngste Empfehlungspapier der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der Kultusministerkonferenz (KMK) auch erhebliche Optimierungsbedarfe. So geht der Lehrkräftemangel einher mit fachfremd gegebenem Politikunterricht. Dieser sollte zudem weiterentwickelt werden. Hier haben die Kultusministerien einen Handlungsauftrag.“

Nicht zuletzt bemängelte Brand auch auf die finanzielle Ausstattung von Schule und Jugendhilfe: „Gerade bei Projekten, die Demokratie fördern und Jugendlichen Halt geben sollen, wird zuerst der Rotstift angesetzt. Wer nicht nur am Wahlmontag für die Demokratie an Schulen eintreten möchte, sollte damit beginnen, hierfür eine auskömmliche Finanzierung mit Perspektive zu sichern, anstatt hinzunehmen, dass von Haushalt zu Haushalt um die Förderung gezittert werden muss.“

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Trassenpreiskrise muss gestoppt werden

Die Wettbewerbsbahnen im Eisenbahnverkehr leiden existenziell unter den enorm gestiegenen Trassenpreisen – jetzt ist die Politik zum Wohl des Eisenbahnsystems und der Eisenbahner gefordert, stellt die GDL fest.

Die Bundesregierung hat scheinbar eine Lösung gefunden, um die mühsam erzielte Einigung haushaltspolitisch abzusichern: Eigenkapitalerhöhungen für die Deutsche Bahn AG. Doch der Schein trügt: Für die kurzfristige Entlastung wird langfristiger Schaden für das gesamte Eisenbahnsystem angerichtet. „Statt dringend und unstrittig benötigter zusätzlicher Finanzmittel für die Eisenbahninfrastruktur sollen Eigenkapitalerhöhungen die vorgesehenen Baukostenzuschüsse ersetzen“, so der GDL Bundesvorsitzende Mario Reiß. Diese sollen als sogenannte „finanzielle Transaktionen“ idealerweise schuldenbremsenneutral ausgereicht werden können und so Druck aus dem angespannten Haushalt für 2025 nehmen. Für die Wettbewerbsbahnen im Eisenbahnverkehr, die auf dem maroden Netz fahren, sind die Folgen jedoch fatal, und zwar gleichermaßen im Schienengüterverkehr (SGV), Schienenpersonenfernverkehr (SPFV) und im Schienenpersonennahverkehr (SPNV).

Vorhandene Probleme würden durch eine Eigenkapitalerhöhung erneut verschärft. Eine Kreditfinanzierung der DB InfraGO AG führe zweifelsohne zu deutlich höheren Trassenpreisen und steigenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen. Ab Dezember 2024 steigen die Trassenpreise für den SPFV um 17,7 Prozent und für den SGV um 16,2 Prozent. Der SPNV ist mit einer Erhöhung von nur 0,6 Prozent weitgehend verschont. Ohne politische Eingriffe drohen ab 2025 weitere drastische Preissprünge: Während der SPNV einer moderaten Steigerungsrate von drei Prozent gegenübersteht, sind für den Bereich SGV und SPFV Anstiege von bis zu 50 Prozent zu erwarten. „Ein gegenseitiges Ausspielen der einzelnen Verkehrsbereiche der Eisenbahnen in Deutschland wird es mit der GDL nicht geben“, so Mario Reiß weiter.

Auch der Wunsch von Verkehrsminister Volker Wissing, die enorme Steigerung der Trassenpreise durch eine Absenkung des Eigenkapitalzinses auf 2,3 Prozent abzufedern, habe nur einen marginalen Effekt. Denn auch mit diesem Zinssatz komme es immer noch – unter Berücksichtigung der Trassenpreisbremse für den SPNV – zu Preiserhöhungen von ca. 35 Prozent für den Fern- und Güterverkehr. Das entspricht etwa dem 14-fachen einer üblichen jährlichen Trassenpreissteigerung. Die Konsequenzen für die Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrsträgers Schiene wären nach wie vor fatal.

Im Ergebnis entstehe ein Schaden für die Bürgerinnen und Bürger, weil die Bahn immer teurer und unzuverlässiger wird. Für die Eisenbahnverkehrsunternehmen entstehe ein Schaden, weil sie auf der Schiene nicht mehr wirtschaftlich arbeiten können, für das Klima, weil Fahrten von der Schiene auf die Straße verlagert werden. Schließlich sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Zügen und Stellwerken geschädigt, die trotz maroder Infrastruktur tagtäglich ihr Bestes geben, um das System Eisenbahn funktionsfähig zu halten. Reiß: „Die Schieneninfrastruktur wird seit Jahrzehnten auf Verschleiß gefahren und bis heute ist es nicht gelungen, eine stabile und auskömmliche Finanzierungsstruktur zu schaffen, die den klimapolitisch wichtigen Verkehrsträger Schiene endlich nachhaltig stärkt und die privaten Eisenbahnverkehrsunternehmen nicht ausblutet. Die Bundesregierung muss endlich die finanzpolitischen Taschenspielertricks bei der Infrastrukturfinanzierung beenden. Wir fordern daher einen auskömmlichen und auf langfristige Nutzungsfähigkeit angelegten Infrastrukturfonds und erforderliche Baukostenzuschüsse statt Eigenkapitalerhöhungen!“

BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft Konsequente Digitalisierung gefordert

Die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft BDZ macht sich in einem neuen Positionspapier für eine konsequente Digitalisierung der Bundesfinanzverwaltung stark.

Als Fachgewerkschaft für den Zoll und die gesamte Bundesfinanzverwaltung setzt sich der BDZ dafür ein, dass diese ihre vielfältigen Aufgaben von der Warenabfertigung über die Steuererhebung bis hin zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität auch in Zukunft erfolgreich wahrnehmen kann. Die Digitalisierung spielt dabei eine Schlüsselrolle, so der BDZ-Bundesvorsitzende Thomas Liebel: „Die digitalen Potenziale für den Zoll und die Bundesfinanzverwaltung sind enorm. Aber die Beschäftigten müssen auf diesem Weg mitgenommen werden. Ihr Fachwissen aus der täglichen Praxis ist entscheidend, um passende IT-Lösungen und Technologien zu finden.“

Um die großen Herausforderungen angehen zu können, sieht der BDZ Bedarf für mehr Expertenstellen für Datenanalysten und IT-Fachkräfte sowie attraktive Vergütungsmodelle, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich zu begegnen. Die Verwaltung müsse besser darin werden, eigene Kompetenzen aufzubauen und die Abhängigkeit von externen Dienstleistern verringern. Das im Geschäftsbereich des BMF angesiedelte Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund) als der zentrale IT-Dienstleister und Digitalisierungspartner für den Zoll müsse entsprechend gestärkt werden.

Namen und Nachrichten

AM 27. September 2024 sind die Aktionstage „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“ zu Ende gegangen. Die Organisatoren zogen ein durchweg positives Fazit: Erneut haben zehntausende Kinder teilgenommen. Schulklassen und Kitagruppen in ganz Deutschland waren zwei Wochen lang aufgerufen, selbstständig zu Fuß, mit dem Roller oder Fahrrad zur Schule und zum Kindergarten zu kommen. Gleichzeitig konnten die vom ökologischen Verkehrsclub VCD und dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW) gemeinsam mit dem **Verband Bildung und Erziehung (VBE)** organisierten Aktionstage einen Meilenstein erreichen: Seit

2007 haben mehr als eine Million Kinder an den Aktionstagen teilgenommen. Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand sagte: „Das Lernen beginnt nicht erst im Schulgebäude. Der Schulweg kann viel bieten, seien es Umwelteindrücke oder soziales Interagieren. Zudem stärkt das selbstständige Zurücklegen des Weges zu Fuß, mit dem Rad oder Roller die körperliche und geistige Gesundheit. Auch in diesem Jahr beweisen die Projekte, wie einfache Änderungen Großes bewirken können. Mögen sie auch bei schlechterem Wetter und bei Gegenwind ihr Engagement fortsetzen.“

Termine:

01. Oktober 2024

8. Seniorenpolitische Fachtagung

„Nie zu alt für Neues – Lernen ohne Limit“

Weitere Informationen unter www.dbb-senioren.de

09. Oktober 2024

Pressekonferenz

„Forderungen zur Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen“

Weitere Informationen folgen.

12. November 2024

34. Europäischer Abend

„USA und Europa: Perspektiven und deutsche Verantwortung“

Weitere Informationen unter www.dbb.de
